



## **Wortprotokoll** der 61. Sitzung

### **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Berlin, den 10. April 2024, im Anschluss an die  
60. Sitzung  
Paul-Löbe-Haus  
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

**Einzigiger Tagesordnungspunkt**                      **Seite 4**

**Fachgespräch zum Thema "Suffizienz als zentrale  
Strategie der Nachhaltigkeitspolitik"**

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag  
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige  
Entwicklung

### Liste der Sachverständigen

**Jörg Göpfert<sup>1</sup>**

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.

**Astrid Hake<sup>2</sup>**

Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit

---

<sup>1</sup> Einvernehmlicher Beschluss der Obleute.

<sup>2</sup> Einvernehmlicher Beschluss der Obleute.



### Mitglieder des Beirates

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Kaufmann, Dr. Stefan Mannes, Dr. Astrid Mayer-Lay, Volker Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ganserer, Tessa Menge, Susanne Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelsen, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael



### **Einzigster Tagesordnungspunkt**

#### **Fachgespräch zum Thema "Suffizienz als zentrale Strategie der Nachhaltigkeitspolitik"**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die 61. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) und begrüße Sie dazu sehr herzlich.

Unser einziger Tagesordnungspunkt ist heute das Fachgespräch zum Thema „Suffizienz als zentrale Strategie der deutschen Nachhaltigkeitspolitik“.

Wie wir alle wissen, ist das Thema „Suffizienz“ als Frage nach dem richtigen Maß von Konsum und Produktion in der Politik nicht sonderlich beliebt. Umso wichtiger ist es, dass wir immer wieder Anstöße von außen bekommen. Vor diesem Hintergrund ist das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit auf uns zugekommen und hat angeboten, mit uns hierzu einen Diskurs zu führen. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten darüber diskutiert und uns entschieden, das dankend anzunehmen. So kam der heutige Termin zustande.

Unsere Gäste und Referentinnen und Referenten haben bereits neben mir Platz genommen. Bevor wir loslegen, will ich Ihnen unsere Sachverständigen kurz vorstellen.

Neben mir sitzt Frau Astrid Hake. Sie ist Sozialwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt „nachhaltige Entwicklung und globales Lernen“. Sie verfügt über langjährige Erfahrung in der internationalen Menschenrechtsarbeit mit Projekten in Lateinamerika, Afrika und Asien und im Bereich der Unternehmensverantwortung. Seit 2020 leitet sie die Aktivitäten im Ökumenischen Netzwerk Klimagerechtigkeit, dem sich mehr als 100 Organisationen angeschlossen haben. Im Oktober 2022 überreichte sie für ein Bündnis von 90 kirchlichen Organisationen eine Petition, die angesichts des Klimawandels auf den globalen Süden abzielt, an die Staatssekretärin Jennifer Lee Morgan im Auswärtigen Amt. Zahlreiche Praxisbeispiele, auch aus dem kirchlichen Raum, zeigten, dass eine Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs nicht mit Wohlstandsverlusten und einer Minderung der Lebensqualität einhergehen, sofern die politischen Rahmenbedingungen dies förderten. Sehr geehrte Frau Haake, ein herzliches

Willkommen in unserer Runde.

Als weiteren Gast darf ich Herrn Jörg Göpfert, Diplomingenieur für technischen Umweltschutz vorstellen. Am Ende seines Studiums, kurz nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, entschloss er sich, Journalist zu werden. Nach zwölf Jahren Tätigkeit als freier Umwelt- und Wissenschaftsjournalist, überwiegend für ARD-Hörfunkanstalten, wechselte er im Januar 2000 an die Evangelische Akademie in Sachsen-Anhalt in Lutherstadt-Wittenberg. Dort ist er Studienleiter für den Arbeitsbereich Umwelt und Soziales. Herr Göpfert gab an, er orientiere sich an den Worten, die Bertolt Brecht gesagt haben soll: „Man muss die Dinge immer wieder sagen, auch wenn einem die Worte im Munde schal werden.“ Den Satz gibt es auch in verschiedenen Varianten. Sehr geehrter Herr Göpfert, ein herzliches Willkommen in dieser Runde.

Zur Verstärkung oder auch, um gegebenenfalls Ihre und unsere Fragen zu beantworten, haben wir zwei weitere Sachverständige neben mir sitzen, nämlich Frau Carina Zell-Ziegler vom Öko-Institut und Frau Isabel Rutkowski vom Bund der katholischen Jugend (BDKJ). Auch Ihnen beiden ein herzliches Willkommen.

Wir freuen uns sehr, dass Sie uns Ihre Sachkunde zur Verfügung stellen und sind schon sehr gespannt auf Ihren Vortrag.

Bevor wir einsteigen, noch ein paar organisatorische Hinweise. Die Beiratsmitglieder haben in Vorbereitung auf die Sitzung ein Positionspapier auf Ausschussdrucksache 20(26)105 zur Kenntnis erhalten. Die Präsentation wird im Nachgang zur Sitzung auf Ausschussdrucksache 20(26)107 verteilt und dann auf der Homepage veröffentlicht. Die Sitzung ist öffentlich und wird live im Parlamentsfernsehen auf Kanal 4 übertragen. Im Nachgang ist die heutige Sitzung in der Mediathek des Bundestages und auf der Webseite des Beirats zu finden. Die Sitzung wird zur Erstellung eines Wortprotokolls mitgeschnitten. Wir haben verabredet, dass unsere Sachverständigen für das Eingangsstatement insgesamt 15 Minuten zur Verfügung stehen. In der anschließenden Fragerunde werden die Fragen direkt von den angesprochenen Sachverständigen beantwortet. Für Fragen und Antworten stehen Ihnen insgesamt fünf Minuten



zur Verfügung. Die Uhr für die Redezeit läuft wie gewohnt auf dem Bildschirm mit. Das übrige Verfahren mit der Rednerliste, die ich führe, ist auch so, wie Sie es kennen. Insofern sehe ich dazu hier Einvernehmen. Dann verfahren wir so. Wir haben verabredet, dass Frau Hake und Herr Göpfert sich den Input teilen und dass Frau Hake beginnt. Deshalb darf ich Sie bitten, anzufangen.

Sachverständige **Astrid Hake** (Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Wir danken Ihnen ganz herzlich, dass wir die Gelegenheit haben, hier das Thema „Suffizienz“ in den Mittelpunkt des Austausches zu stellen. Das ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit ist, wie Sie schon gehört haben, ein kirchliches Bündnis, das von mehr als 100 kirchlichen Organisationen wie Landeskirchen, Bistümern, Verbänden und Hilfswerken getragen wird.

Wir setzen uns für eine klimagerechte und enkeltaugliche Zukunft ein. Als kirchliche Initiative ist Suffizienz ein wichtiges Anliegen und auch Teil unserer kirchlichen Praxis und unseres Alltags. Wir möchten mit Ihnen über Suffizienz als zentrale Strategie ins Gespräch kommen und auch einige ganz konkrete Vorschläge für eine Suffizienz-Politik unterbreiten. Wir nehmen auf allen politischen Ebenen die Bemühungen wahr, Klimaneutralität und eine Dekarbonisierung der Wirtschaft zu erreichen. Dennoch schreiten die ökologischen Krisen weltweit mit besorgniserregender Geschwindigkeit voran.

Bisherige Ansätze in der Nachhaltigkeitspolitik, die hauptsächlich auf Konsistenz und Effizienz beruhen, reichen offensichtlich nicht aus. Suffizienz als drittes zentrales Nachhaltigkeitsprinzip findet dennoch kaum Beachtung. Es wird sogar mit dem Argument tabuisiert, es sei politisch nicht durchsetzbar. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in seinem jüngst veröffentlichten Diskussionspapier „Suffizienz als Strategie des Genug“ eine fundierte Begründung für Suffizienz gegeben und dazu eingeladen, sich diesem schwierigen Thema zu stellen. Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie definiert „Suffizienz als Strategie zur Reduktion von Konsum- und Produktionsniveaus durch die Veränderungen sozialer Praktiken“ mit dem Ziel, die planetaren Grenzen einzuhalten und

allen Menschen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen. Laut einer aktuellen Studie, vom Hamburg Climate Future Outlook vom letzten Jahr, sind vor allem das Konsumverhalten und Unternehmenspraktiken Treiber der Klima- und Ressourcenkrise. Um den absoluten Energie- und Ressourcenverbrauch zu verringern und damit die Klimakrise und auch das Artensterben zu stoppen, sind politische Rahmenbedingungen erforderlich. In der Wissenschaft mehren sich die Belege, dass sich Nachhaltigkeitsziele nicht allein durch technologische Innovationen erreichen lassen. Der Weltklimarat hat Suffizienz inzwischen als entscheidende Strategie zur Erreichung der Klimaziele anerkannt. In Deutschland und weltweit wird Suffizienz in immer mehr Klima- und Energieszenarien integriert, denn technische Lösungen allein stoßen an ihre Grenzen. Bei der Konsistenz sehen wir, dass es zum Teil Problemverlagerungen gibt, etwa wenn wir die gewünschte und erforderliche Energiewende weiter vorantreiben, steigert das aber auch den Bedarf an Flächen im Inland und an kritischen Rohstoffen im Ausland. Bei den Effizienzsteigerungen gibt es bemerkenswerte Fortschritte, aber Sie kennen das alle, die berühmten Rebound-Effekte machen diese wieder zunichte. Insofern stellt sich die Frage, inwieweit können auch die Potenziale der Suffizienz genutzt werden? Denn soziale Innovationen und verhaltensorientierte Lösungsansätze bieten große Chancen, die bisher nicht genutzt worden sind. Eine gut gemachte und überlegte Suffizienz-Politik bietet „Win-Win“-Lösungen, da sie gleichermaßen verschiedene ökologische und soziale Probleme adressiert. Beispielsweise die Vermeidung oder Einschränkung des Autoverkehrs hätte positive Effekte auf die Flächenversiegelung, auf Naturschutz, Biodiversität, die Luftqualität und Gesundheit sowie bei einem guten ÖPNV für die soziale Gerechtigkeit. Jede eingesparte Kilowattstunde bedeutet weniger Bedarf an Solar- und Windkraftanlagen. Das verschafft auf der einen Seite Zeit für die erforderliche und notwendige Energiewende. Das erhöht aber auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für die erneuerbaren Energien. Jede eingesparte Solar- und Windkraftanlage hingegen verringert auch den Bedarf an kritischen Rohstoffen. Dies ist auch



ein Beitrag zur globalen Gerechtigkeit, gerade vor dem Hintergrund der negativen Folgen in den rohstoffproduzierenden Ländern. Und jede eingesparte Kilowattstunde steigert auch die Versorgungssicherheit und damit auch die Resilienz. Maßnahmen im Zusammenhang mit Suffizienz sind in vielen Gruppen und auch in Institutionen und in der Gesellschaft bereits gelebte Realität. Es zeichnen sich Trends ab. Beispielhaft sind der abnehmende Fleischkonsum und der Vormarsch des Fahrradfahrens zu nennen. Sie sind auf jeden Fall als Trend anzuerkennen. Es ist nicht so, dass die gesamte Bevölkerung nicht bereit wäre, eine Änderung ihrer sozialen Praktiken vorzunehmen. Das zeigen auch die Ergebnisse und Erfolge der Energiekrise im vorletzten Winter, in dem signifikante Energieeinsparungen zu beobachten und festzustellen waren. Das zeigen aber auch die Ergebnisse von elf repräsentativ zusammengesetzten EU-Bürgerräte, die mehr als viermal so viele suffizienzpolitische Maßnahmen vorgeschlagen haben, als in den nationalen Klima- und Energieplänen vorgesehen waren. Zum Beispiel wurde in Frankreich das Verbot von Inlandsflügen diskutiert. Insofern gibt es auf jeden Fall das Thema „Suffizienz“. Es ist nicht abwegig, sondern es trifft auf eine positive Resonanz.

Sachverständiger **Jörg Göpfert** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.): Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund sagen wir, „Suffizienz“ muss endlich aus der Tabuzone herausgeholt und zum Gegenstand einer sachbezogenen und lösungsorientierten Debatte werden. Um das anzustoßen oder auch diese Forderung zu unterstützen, haben wir im Herbst vergangenen Jahres ein Positionspapier herausgegeben, das Ihnen ja im Vorfeld zugegangen ist, mit dem Titel: „MEHR vom WENIGER!. Die deutsche Nachhaltigkeitspolitik braucht eine Suffizienzstrategie.“ Dieses Papier ist mittlerweile von etwa 60 Organisationen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen unterzeichnet worden. Einige Beispiele sind Brot für die Welt, Misereor als große kirchliche Hilfsorganisationen oder die Klima-Allianz Deutschland als zivilgesellschaftliche Organisation, aber auch aus der Wirtschaft „B.A.U.M. e. V. – das Netzwerk für nachhaltige Entwicklung“.

Dieses Positionspapier enthält im Wesentlichen zwei Forderungen. Zum einen, dass Suffizienz als zentrales Nachhaltigkeitsprinzip neben Effizienz und Konsistenz anzuerkennen ist und dass eine Bundestags-Enquete-Kommission zu den Chancen und Risiken von Suffizienz einzurichten ist, in der genau diese beiden Aspekte intensiv diskutiert werden. Zum Zweiten sollte Suffizienz nach unserer Überzeugung integraler, fester Bestandteil der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden.

Wie könnte das gehen? Nun, wir denken, dass Suffizienz zwar einerseits ein Querschnittsthema ist, aber um diesem Thema hinreichend Geltung zu verschaffen, sollte neben den anderen sechs ein siebter Transformationsbereich eingeführt werden, der diesem Thema explizit gewidmet ist. Was wären die Aufgaben dieses neuen Transformationsbereichs? Nun, es wären im Wesentlichen drei.

Zum Ersten: Die Festlegung von Zielen, Maßnahmen und politischen Rahmensetzungen, die dazu führen, dass der Rohstoff- und Energieverbrauch in Deutschland insgesamt verringert wird. Also nicht nur spezifisch hier und da, sondern insgesamt und absolut.

Zum Zweiten: Diese Ziele, Maßnahmen usw. müssen natürlich mit den anderen Transformationsbereichen abgestimmt werden, insbesondere dem Transformationsbereich 2, Energiewende und Klimaschutz, dem Transformationsbereich 3, Kreislaufwirtschaft, dort insbesondere das nationale Programm für nachhaltigen Konsum, und dem Transformationsbereich 4, nachhaltiges Bauen, Verkehrswende.

Hier sind Nachfrageparameter zu entwickeln, wie wir dazu kommen, dass wir zukünftig in Deutschland weniger Quadratmeter pro Person bewohnen statt immer mehr und zudem weniger Personenkilometer im Jahr zurücklegen.

Schließlich sollte auch der Suffizienzaspekt in die Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung von Gesetzen einbezogen werden. Als Schritte dorthin würden wir anregen, die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 damit zu beauftragen, die schon genannten Ziele, Maßnahmen und Politiken zu entwickeln bzw. zu erforschen. Dazu wäre es sicherlich sehr sinnvoll, ein nationales Forschungsprogramm zum Thema „Suffizienz“ zu



initiiert, in dem all den Fragen ganz intensiv nachgegangen wird, auf die wir bisher noch keine Antworten wissen. Zum Beispiel, welche Suffizienzmaßnahmen hätten denn die größte Wirkung? Oder welche Maßnahmen ließen sich am einfachsten politisch vermitteln? Und dann natürlich gibt es noch die dicken Bretter. Wie können wir Wirtschaftswachstum von weiterem Wachstum an Material- und Energieumsatz abkoppeln? Und zwar absolut abkoppeln, nicht immer nur spezifisch, wie das bisher der Fall ist. Das gilt auch für unsere sozialen Sicherungssysteme, die auch eine Abkopplung von einem solchen Rohstoff- und Energieverbrauch brauchen.

Schließlich würde die Einrichtung einer Bundestags- Enquete-Kommission zum Thema Suffizienz und Suffizienzpolitik diesen Prozess befördern. Es wäre super, wenn das von dem Bereich der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus entweder mit angestoßen oder zumindest unterstützt werden könnte. Falls es eine solche Enquete-Kommission geben sollte, wäre es wünschenswert, wenn diese dann auch begleitet wird. Das sind also in aller Kürze die wesentlichen Punkte, die wir sehen, wie wir Suffizienz in die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie integrieren könnten.

Ich möchte mit zwei Zitaten schließen. Das erste ist schon mehr als 30 Jahre alt. Es stammt von Wolfgang Sachs, dem früheren Leiter des Berliner Büros des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Er schrieb 1993: „Eine naturverträglichen Gesellschaft kann man nur auf zwei Beinen näherkommen: Durch eine intelligente Rationalisierung der Mittel und durch eine kluge Beschränkung der Ziele. Mit anderen Worten, die ‚Effizienzrevolution‘ bleibt richtungsblind, wenn sie nicht von einer ‚Suffizienzrevolution‘ begleitet wird“.

Dann noch ein Zitat von Wolfgang Lucht, federführendes Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen, der ja jüngst schon erwähnte Diskussionspapier herausgegeben hat. Er schreibt: „Suffizienz bezeichnet den Anspruch, im Einklang mit unseren Werten gerechter und innerhalb ökologischer Grenzen zu leben. Es ist unbestreitbar, dass wir ökologisch über unsere Verhältnisse leben. Gleichzeitig haben viele

Menschen keinen ausreichenden Zugang zu Energie und Ressourcen. Wie kann unsere Zivilisation also ökologischer und zugleich gerechter werden? Die Auseinandersetzung mit solchen Fragen ist nicht einfach, angesichts der Krisen aber Teil eines notwendigen Lernprozesses“.

Wir hoffen sehr, dass wir mit unseren Impulsen ein bisschen zu diesem Lernprozess beitragen können und danken für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Ein herzliches Dankeschön für Ihren Impuls.

Damit sind wir zur Aussprache angelangt und verfahren nach den üblichen Regeln. Ich schaue mal in die Runde, wer sich zu Wort melden möchte. Ich sehe Frau Willkomm, Frau Menge. So beginnen wir. Bitte schön, Frau Willkomm.

Abg. **Katharina Willkomm (FDP):** Vielen Dank für Ihren Input, den ich jetzt an der Stelle noch mal ein bisschen vertiefen möchte, was das Thema „Konsum“ betrifft. Das ist schon an das Verhalten der Verbraucher und Verbraucherinnen gerichtet. Da habe ich dann immer Sorge, dass es zu weniger Wahlfreiheit, höheren Preise für die Verbraucher und Verbraucherinnen führen könnte. Es ist nicht sinnvoll, einerseits suffiziente Produkte und Dienstleistungen auf den Markt zu bringen, die andererseits dann aber wahrscheinlich teurer sind und damit die Verbraucher und Verbraucherinnen, die sozial schwächer sind und nicht so viel Geld zur Verfügung haben, dazu verleiten, doch wiederum schlechtere Produkte und Dienstleistungen kaufen. Wie sehen Sie das? Wie kann man dieses Spannungsfeld lösen?

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** An wen richtet sich die Frage?

Abg. **Katharina Willkomm (FDP):** Einer der beiden Sachverständigen kann antworten.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Wer möchte antworten?

Sachverständige **Astrid Hake (Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit):** Es geht nicht darum, die Wahlfreiheit einzuschränken, sondern die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die nachhaltige Konsumvariante die günstigere und bessere ist. Beispielfhaft ist das Teilen von Produkten. Vielleicht könnte gefördert



werden, dass Produkte länger genutzt und reparierbar sind. Dafür kann der Gesetzgeber die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel bei der Mindestgarantie für Konsumgüter ändern. Die könnte man höher setzen. Zum Beispiel gibt es in Thüringen einen Reparaturbonus, wodurch die Reparierbarkeit von Produkten bzw. von Konsumgütern erhöht wird. Um bei diesem Beispiel zu bleiben, wäre der Reparaturbonus auch sozial gerecht, weil ein Neukauf gar nicht erforderlich ist, wenn ein Produkt auch repariert werden kann. Insofern sind das auch Suffizienzmaßnahmen, die in diese Richtung gehen.

Sachverständige **Carina Zell-Ziegler** (Öko-Institut): Ich würde noch hinzufügen, dass die Preise im Moment auch nicht die ökologischen Schäden widerspiegeln. Teil einer Suffizienzpolitik müsste eine Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen sein, um die wahren ökologischen Kosten zu ermitteln und damit für die ökologischen Schäden erst mal eine Preistransparenz zu schaffen, die beim Konsum entstehen. Dadurch würde sich auch eine Verschiebung dahingehend ergeben, was günstig bzw. teuer ist und wie ich das gewichte.

Sachverständiger **Jörg Göpfert** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.): Ja, und ich würde gerne ergänzen, dass das auch schon im Gange ist. Es gibt im Grunde eine Bewegung in diese Richtung. Also diese ganzen Labels, die es gibt - vorhin ist auch schon wieder eins genannt worden -, die zielen gerade darauf ab, dass Verbraucherinnen und Verbraucher überhaupt eine Orientierungsmöglichkeit haben, was denn wirklich das langlebigere Produkt oder das nachhaltigere oder das weniger gesundheitsgefährdendere etc. ist. Das ist zunächst die Voraussetzung, dass ich als Kundin, als Kunde überhaupt weiß, was ich für mein Geld bekomme. Und es ist heutzutage überhaupt nicht so, dass das teurere Produkt tatsächlich das bessere im Sinne von Nachhaltigkeit oder Gesundheitsförderung oder wie auch immer ist. Das ist überhaupt nicht der Fall. Das haben Ökonomen schon x-mal untersucht. Wenn der Kunde Produkte unterschiedlicher Preise vor sich hat, ist es völlig rational, erstmal nach dem preiswertesten zu greifen, weil ich da sicher sein kann, dass ich zumindest nicht unnötig viel Geld

ausgebe. Ob die anderen Versprechen, die die Unternehmen machen, mit dem Preis tatsächlich gekoppelt sind, das ist eine völlig andere Frage. Das weiß ich als Kunde meistens nicht. Deswegen sind das alles nachgelagerte Aspekte bzw. Fragen, die man dann im Einzelnen versuchen kann zu lösen.

Ich denke dabei an die Menschen, die mit sozialer Unterstützung leben und deren Warenkorb berechnet wird. Wenn sich da tatsächlich insgesamt eine Verschiebung in Richtung Nachhaltigkeit ergeben würde, dann müsste natürlich auch diese Zuwendung in ihrer Höhe entsprechend steigen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Ist die Antwort soweit ok?

Abg. **Katharina Willkomm** (FDP): Ich möchte kurz noch daran anknüpfen. Würden Sie dem zustimmen, dass wir auch in der Verbraucherbildung noch deutlich mehr machen müssten, weil die Verbraucher heutzutage oftmals gar nicht unterschiedliche Dinge oder Angaben in den Kontext setzen und damit nichts anfangen können?

Sachverständiger **Jörg Göpfert** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.): Das ist auf jeden Fall richtig. Aber darüber reden wir schon seit 30 Jahren, dass das verbessert werden sollte und dass das an seine Grenzen stößt, wenn wir tatsächlich nicht auf der anderen Seite das Auswahlpektrum weiter - politisch klug gesteuert - einschränken. Das heißt, die Produkte so in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken, dass ich dann vielleicht nachher nur noch die Entscheidung habe, zwischen „nachhaltig“ und „super nachhaltig“ und „Premium nachhaltig“, aber nicht mehr zwischen „völlig umweltvernichtend“, „menschenrechtsverletzend“ oder ein „bisschen Nachhaltigkeit“.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank. Ich habe jetzt auf meiner Redeliste zunächst Frau Menge und dann Herrn Glaser.

Abg. **Susanne Menge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dankeschön für den Vortrag. Ich teile unbedingt die Forderungen, die Sie an uns richten. Erinnern möchte ich an die Bundestags-Enquete-Kommission aus dem Jahr 2010. Im Bundestag haben die Mitglieder der Enquete-



Kommission „Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“ Wachstumsgrenzen untersucht und haben unter anderem in ihrem abschließenden Bericht deutlich gemacht, dass es Stand Jahr 2010 so eigentlich nicht weitergeht. Es deckt sich damit, was wir mit dem sogenannten Global-2000-Bericht aus dem letzten Jahrhundert kennen. Wir sind jetzt im Jahr 2024 und ein Tempolimit ist nicht in Sicht.

Was gibt Ihnen, entgegen der Ansicht Niko Pechs, der gesagt hat: „Ich baue nicht mehr auf die Politik, da wird sich nichts verändern. Ich baue auf die Zivilgesellschaft“, den Mut und die Hoffnung, dass die Politik im Deutschen Bundestag und auch in den Bundesländern diesen Weg gehen könnte und welche politischen und demokratischen Strukturen glauben Sie, sind notwendig, um diese Fragestellungen auch so anzupacken?

Denkbar wäre, dass wir uns eine Metaebene geben, in der interdisziplinär gearbeitet werden muss, zum Beispiel zur Erreichbarkeit der Klimaziele. Oder wenn wir diese Effizienzstrategie nehmen, als übergeordnetes Metathema und die Ministerien gefordert wären, auch diese Ziele mit überprüfbaren Maßnahmen zu erreichen. Aber vielleicht haben Sie noch andere Ideen, und die würden mich sehr interessieren.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Mich interessieren diese Ideen auch. Wer möchte beginnen?

Sachverständige **Isabel Rutkowski** (Bund der katholischen Jugend (BDKJ)): Ich würde einmal beginnen. Vielleicht eine Antwort auf die erste Teilfrage. Das Thema ist gelebte Realität, zumindest größtenteils. Bei uns jungen Menschen ist es gelebte Alltagsrealität. Viele fahren lieber Fahrrad und nutzen den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV), anstatt sich doch noch ein eigenes Auto zu kaufen. Zum einen, weil es zu teuer, aber auch weil es einfach nicht mehr attraktiv genug ist. Wir steigen auf vegane, vegetarische Ernährung um, weil uns sowohl Tierwohl als auch das Klima wichtig sind und wir dementsprechend auch das gerne haben möchten. Second-Hand-Shops, Tauschbörsen, Kleidertauschpartys werden bei uns immer attraktiver. Oder auch das klassische Urban

Gardening – solidarische Landwirtschaft. Das ist das, wodurch auch gezeigt wird, dass es umsetzbar ist. Die Zivilgesellschaft macht schon etwas und das kommt von unten. Das heißt, wir müssen jetzt politische Weichen dafür stellen, dass es noch attraktiver wird. Ich als junger Mensch muss mir, wenn ich studiere, auch zweimal überlegen, was kann ich mir wirklich leisten? Kann ich es mir leisten, in einem unverpackten Laden einkaufen zu gehen? Ich möchte es. Aber kann ich es mir leisten? Wir müssen es schaffen, dass das attraktiver wird und es auch für die leistbar ist, die vielleicht nicht in Reichtum geboren wurden.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Gibt es eine Ergänzung? Bitte schön.

Sachverständige **Carina Zell-Ziegler** (Öko-Institut): Ich finde, diese Politik-Kohärenz knüpft auch an die vorherige Frage noch mal ganz gut an. Wenn wir von den Bürgerinnen und Bürgern erwarten, nachhaltig zu konsumieren, müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass es nicht mit erheblichem finanziellen und zeitlichen Mehraufwand möglich ist, sondern dass sich diese kognitive Dissonanz auflöst, die bei den Bürgerinnen und Bürgern dadurch entsteht, dass sie sich umweltfreundlich verhalten wollen, es dafür aber immer teurer, zeitaufwendiger und insgesamt aufwendiger wird.

Ich würde sagen, Suffizienz ist nicht nur ein Klimathema. Es geht nicht nur um CO<sub>2</sub>-Emissionen und um die Energiewende. Gerade der PBnE ist ein guter Ort dafür, unsere multiplen Probleme ganzheitlich zu betrachten. In den meisten Studien wird nur geschaut, wie erreichen wir unsere Klimaziele – auch in meinem Institut. Wir betrachten nur sehr wenig, wie Ressourcenziele eingehalten werden könnten. Beispielsweise ein global gerechtes Ziel von sieben Tonnen Ressourcenverbrauch pro Kopf. Wie können Flächenziele eingehalten werden? Wie kann das auch sozial gerecht erreicht werden? Der PBnE, der auch auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen schaut, auf die vielfältigen Ziele, ist ein guter Ausgangspunkt, um die Kohärenz herzustellen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Dankeschön. Damit sind wir bei Herrn Glaser und anschließend Frau Hagl-Kehl.



Abg. **Albrecht Glaser** (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Es führt natürlich, wie soll ich sagen, zu tiefem Nachdenken und vielleicht auch zu einer gewissen Haltlosigkeit. Denn die Grundstruktur der Gedanken, wenn ich sie richtig verstehe, sind ja nicht neu. Ich bleibe jetzt mal, um es wirklich aus einem Raum hoher Abstraktion herunterzuholen, beim Praktischen. Ich greife mal das Thema „Strom“ heraus, weil das Thema vorhin schon mal gefallen ist, Stichwort „Kilowattstundenpreis“ etc. Die derzeitige wirtschaftlich, durchaus mit partieller Staatsintervention gedachte bzw. praktizierte Lösung ist, wir machen den Strom in Bezug auf die Erzeugung teurer, als er eigentlich ist, indem wir Abgaben und Steuern erhöhen. Damit verteuern wir gewissermaßen durch eine bewusste staatsinterventionistische Entscheidung den Preis für Strom. Das erfolgt dabei global, ohne dem Einzelnen zu sagen, du darfst so viele Kilowattstunden pro Woche verbrauchen, lassen wir ihm die Entscheidungsmöglichkeit, aber wir versuchen, auf diese Weise Druck auszuüben, um dadurch den Energieverbrauch zu vermindern. Das ist nichts Neues. Es wird bereits so gemacht. Wenn ich Suffizienz richtig verstehe, setzen Sie von der anderen Seite an: Wir sagen, du darfst nicht weniger Fleisch essen, sondern du musst mehr Produkte haben, wegen der Flächeninanspruchnahme. Das hatten wir vorhin schon mal.

Wenn ich das noch einen kleinen Schritt weiterdenke, bin ich natürlich in der Tat bei der Zuteilung. Ich sage das völlig ohne Polemik und ohne Bezug auf das Lebensmittelmarkensystem. Ich gehöre zu der Generation, die das noch erlebt hat. Das ist gar nicht so weit weg. Man kann es sich auch vorstellen, denn es ist auch ganz einfach. Ich bin dann zum Kaufladen gegangen und habe dort, weil es der Familie zustand, ein Kilo Butter, meistens etwas weniger, vielleicht ein halbes Pfund, und ein Kilo Mehl erhalten. Die Frau hinter der Ladentheke hat mit der Schere den Coupon abgeschnitten. Damit war es das. Das heißt, ich habe diese Vorgabe der Ressourcennachfrage durch Festlegung auf diese Weise sogar ganz konkret exekutiert.

Ich will auch gerne einen Sprung zu Herrn Schellenhuber machen, der ja schon vor einigen Jahren darauf hingewiesen hat, weil das Ganze ist

natürlich jetzt eine Frage in der Einbettung für eine politische Struktur, „Wie mache ich das?“ Schellenhuber hat ein skeptisches Menschenbild. Das will ich ihm gar nicht abstreiten. Wahrscheinlich ist ein skeptisches Menschenbild auch richtig. Wahrscheinlich können wir unsere ökologischen Ziele nur erreichen, sinngemäß zitiert, wenn wir so eine Art Weltregierung mit diktatorischen Vollmachten installieren. Das sage ich jetzt gar nicht polemisch, sondern einfach charakterisierend, weil es eine sich denktheoretisch natürlich irgendwo anbietende Lösung ist. Die fällt mir natürlich ein, diese Figur, weil ich bei Ihnen im Grunde das auch ableite. Nebenbei bemerkt ist die Externalisierung von Umweltbelastungen bei irgendwelchen Produktkosten, natürlich auch mit Verlaub nichts Neues, nichts Exotisches. Das kennen wir alle. Wir wissen alle, wie man das einbezieht, ist dann aber schon wieder außerordentlich schwierig. Denn ich müsste ja dann irgendwie in die Bepreisung die externen Kosten einbeziehen und dann die Erlöse, die da entstehen, die sich auf die externen Kosten beziehen, einsammeln und dann bei der Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen etwas ändern. Meine Frage geht jetzt wirklich dahin, ob das ein denkbarer, bzw. lösbarer Weg ist.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Ich weise nur darauf hin, dass die Zeit für die Antwort sehr kurz wird.

Abg. **Albrecht Glaser** (AfD): Ja, ich bin sofort fertig.

Früher haben die Menschen ihr Bauerndorf nie verlassen. Und das war sehr gut. Ich kann also jetzt auch eine Kilometer-Festlegung treffen und kann sagen, „Du, Kamerad, pro Jahr darfst du dich so und so viele Kilometer bewegen“. Wie du das machst, wo du hingehst, ist egal, aber die Kilometer stelle ich fest. Das Gleiche kann ich mit den Lebensmitteln machen. Ich hatte das gerade angedeutet. Und so kann ich das entsprechend weiter deklinieren. Das ist so ein bisschen beim Zuhören mein Zwischenfazit. Ich halte es für wirklich nicht vorstellbar, durch diese Form von Zuteilung. Sie nennen das „Ziele setzen“, „Zuteilungen“ und wollen das auch noch mit einem demokratischen Konsens, also ohne die Schellenhuber-Vision machen. Das ist für mich jetzt im Moment mal mein Zwischenfazit. Die



Denkfiguren sind alle bekannt. Aber die wiederholte Aufwärmung des Themas, im Sinne von „wir machen diese Form von Planwirtschaft“, erscheint mir ein totgeborenes Kind.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Jetzt haben wir noch 30 Sekunden für die Beantwortung einer komplexen Frage.

Sachverständiger **Jörg Göpfert** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.): Ich will es versuchen. Dieses Zuteilungsmodell ist tatsächlich für uns das unschönste Szenario. Das wird aber auf die Menschheit zukommen, wenn wir nicht den Weg, den wir jetzt beschreiten, verlassen und versuchen, ihn doch verträglicher zu gestalten. Deswegen regen wir diese Debatte an. Wir wollen kein Zuteilungssystem, das jedem dann ganz bürokratisch bestimmte, womöglich jedem gleich viele bestimmte Mengen zuteilen, sondern wir sollten erst mal ein Gesamtbudget, das wir in Deutschland erreichen sollten, in den Blick nehmen. Wie sich das dann individuell aufteilt, das ist dann noch eine andere Frage. Es wäre wichtig, dass wir uns erst mal über diese sieben Tonnen pro Person und Jahr, von denen gerade die Rede war, bewusst werden, dass das eine Zahl ist, über die bisher noch niemand nachgedacht hat und uns ins Bewusstsein zu heben.

Beim Kohlendioxid wollen wir Klimaneutralität. Da gab es auch mal die Idee eines Budgets. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hatte eine Reduktion von zwölf auf zwei Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohner und Jahr empfohlen. Jetzt wurde das unter der Globalformel „Klimaneutralität bis zum Jahr 2045“ eingefangen. Das wollen wir erreichen. Das ist auch eine ganz restriktive Vorgabe.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Ich habe eine kleine Überziehung zugelassen. Aber ich will, dass andere Beiratsmitglieder auch zu ihrem Fragerecht kommen. Deswegen wollte ich an der Stelle intervenieren. Wir haben noch die Möglichkeit einer zweiten Fragerunde. Im Moment habe ich auf der Redeliste Frau Hagl-Kehl, Herrn Blankenburg, Herrn Wagner und mich selbst. Sehe ich noch weitere Wortmeldungen? Das ist im Moment nicht der Fall. Bitte Frau Hagel-Kehl.

Abg. **Rita Hagl-Kehl (SPD):** Erst einmal herzlichen Dank für Ihre hochinteressanten Ausführungen und das Handout. Das ist eine gute Arbeitsgrundlage. Wichtig ist auch zu erkennen, dass hinter dem Thema die Menschen stehen und die Politik nicht im Glashaus versucht, irgendetwas zu beschließen. Ich werde meine Fragen möglichst schnell stellen, damit Sie antworten können. Meine erste Frage: Sie haben vorhin von diesem „Label“ gesprochen. Halten Sie solche Label für sinnvoll, damit die Menschen eine Orientierung bekommen oder glauben Sie, wir überfrachten die Produkte mit den Labels? Das ist immer ein strittiger Punkt. Soll man neben dem Bio-Siegel noch ein Tierwohl-Label drauf machen? Ich bin dann für dieses Nachhaltigkeits-Label. Halten Sie das für sinnvoll? Glauben Sie, dass die Menschen sich daran orientieren? Ich glaube, der „grüne Knopf“ ist so ein Label, wo man gemerkt hat, die Menschen orientieren sich schon am Staat. Was halten Sie davon? Ist es ein staatliches Label?

Meine zweite Frage geht in den Lebensmittelbereich, den ich vorher nicht angesprochen habe. Wir haben das Problem der Lebensmittelverschwendung, d.h., es werden Unmengen an Tonnen von Lebensmitteln jedes Jahr weggeworfen. 59 Prozent davon fallen statistisch in Privathaushalten an. Die Verluste in der Landwirtschaft werden nicht mitgerechnet. Ich glaube, dann wäre die Gewichtung etwas anders, wenn wir die untergeackerten Gurken usw. drin hätten. Haben Sie auch dafür Ideen, weil das natürlich auch ein Problem ist. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind in Bezug auf das Mindesthaltbarkeitsdatum und Ähnlichem auch gefordert nachhaltiger zu denken. Bei der Produktion und bei der Vernichtung der Lebensmittel fällt eben CO<sub>2</sub> an. Das ist auch ein ganz großer Knackpunkt. Haben Sie dafür vielleicht auch Ideen für uns? Danke schön.

Sachverständiger **Jörg Göpfert** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.) Das ist eine spannende Frage. Ob Label angenommen werden und gut funktionieren, wenn wir nachher irgendwann mal ein Dutzend oder 20 davon hätten, das kann ich tatsächlich nicht sagen. Aber was man sehr gut sehen kann, ist, dass die Energiesparlabel auf den Elektrogeräten durchaus Erfolg haben. Auf der Seite der Produzenten hat



eine enorme Entwicklung stattgefunden. Eine klassische Kühl-Gefrier-Kombination verbraucht heute im Vergleich zu vor 20 Jahren ungefähr nur noch 30 Prozent Strom. Aber das ist nur ein Aspekt. Der nächste Aspekt ist die Marktdurchdringung. Fraglich ist, ob diese tollen Geräte dann auch tatsächlich gekauft werden. Ja, das ist tatsächlich der Fall. Das kann man an den statistischen Zahlen sehen, weshalb es ja auch tatsächlich möglich ist, die Daumenschrauben immer weiter anzuziehen und das Ranking immer anspruchsvoller zu machen, da inzwischen auch das günstigste Gerät bereits bestimmte Anforderungen erfüllt. Insofern bin ich davon überzeugt, dass das schon sehr hilfreich ist. Es hat sich auch gezeigt, dass beispielsweise freiwillige oder von der Wirtschaft selbst initiierte Label keine Wirkung haben, wenn den Kunden die Bedeutung des Labels nicht klar ist. Gerade im Fleischbereich hat es mal bis zu 40 Label gegeben. Und als die Verbraucherzentralen nachgefragt haben, was denn substantiell hinter diesen Labeln stecke, legten drei Firmen ihre Kriterien in einer Antwort offen. Da ist dann der Kunde aufgeschmissen. Der Kunde muss sich darauf verlassen können, dass diese Label tatsächlich Substanz haben. Diesen Weg würde ich auf jeden Fall weiterverfolgen.

Und dann noch zum Thema „Lebensmittelverschwendung“. Vielleicht nur ein Beispiel. Aus der Zivilgesellschaft heraus ist beispielsweise die App „Too Good to Go“ entstanden. Das ist doch eine tolle Entwicklung, wie man mit Hilfe von digitalen Instrumenten, die nicht viel kosten, einen Mehrwert dadurch schaffen kann, dass Lebensmittel in den Bäckereien, Geschäften, Imbissen und so weiter nicht weggeworfen werden, sondern noch von Kundinnen und Kunden für günstiges Geld abgeholt werden. Dadurch schafft man zusätzlichen Mittelrückfluss und hat eine Antwort auf die gewerbliche Lebensmittelverschwendung gegeben.

Sachverständige **Astrid Hake** (Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit): An dieser Stelle von mir eine ganz kurze Ergänzung. Es gibt auch ganz viele Bildungsprogramme in dem Bereich, also zum Thema „Lebensmittelverschwendung“. Zum Beispiel gab es Programme in der Nordkirche vom „Frauenwerk Kochen“ zum Thema

„abgelaufene Lebensmittel“. Solche Beispiele nehmen zu und könnten nicht nur im Erwachsenenbildungsbereich, sondern auch im schulischen Bereich Einzug finden.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank. Ich habe gerade mitbekommen, dass Herr Blankenburg anderen Terminverpflichtungen nachgehen musste. Deswegen ist jetzt Herr Wagner an der Reihe und danach melde ich mich zu Wort. Weitere Wortmeldungen habe ich nicht gesehen. Bitte schön, Herr Wagner.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch von mir ein herzliches Dankeschön für den Input. Meine Frage ist weniger inhaltlicher als strategischer Art. Sie haben gemerkt, welche Antworten und Fragen hier aus unserem Gremium kamen und wie sich die einzelnen Parteien, aber auch die Bevölkerung zu diesem Thema positioniert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt das Thema voll und ganz. Aber das Thema „Suffizienz“ ist in der Politik kein „Burner“. Ich mache nächste Woche eine Veranstaltung zur Suffizienz und erhalte, seitdem ich es auch auf Twitter gepostet habe, sehr viele Hass-E-Mails. Meine Frage an Sie ähnelt der Frage der Abg. Susanne Menge. Sie kommen zu uns in den Beirat und tragen Ihre Punkte vor, was ich ganz wichtig finde. Aber das Wichtige ist ja, Mehrheiten für das Thema zu organisieren und Bewusstsein zu schaffen, um die Menschen mitzunehmen, damit nicht die Horrorgeschichten gewinnen, die zurück in die Steinzeit wollen, sondern klar wird, dass Freiheit gewonnen wird, wenn der Planet intakt bleibt. Wir wollen einen lebenswerten Planeten für unsere Kinder und weitere Generationen erhalten. Daher meine Fragen: Wie organisieren Sie sich? Gehen Sie zu einzelnen Ausschüssen? Haben Sie Kontakt zu Jugend-, Umwelt- oder Klimabewegungen? Organisieren Sie Demonstrationen? Gehen Sie an die Universitäten? Sprechen Sie die Autorinnen an? Nico Pech wurde schon genannt. Wie organisieren Sie das? Wie machen Sie das Thema groß? Wie versuchen Sie, die Mehrheiten damit einzubinden? Das würde mich sehr interessieren.

Sachverständige **Carina Zell-Ziegler** (Öko-Institut): Es gibt wunderbarerweise auch in der Zivilgesellschaft, in der Forschung immer mehr Studien, Positionspapiere und Positionierungen,



die in Richtung „Suffizienz“ gehen. Das ist sehr schön zu sehen. Auch auf europäischer Ebene gibt es mittlerweile viele Aktivitäten.

Ein ganz wichtiger Punkt, ein politischer Selling-Point, ist Klimaschutz durch Suffizienz. Es ist ein sozial Klimapolitik.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen mich nicht überzeugen. Ich will nur wissen, wie gehen Sie taktisch, strategisch vor? Wir, die Abgeordneten, haben ganze Teams hinter uns stehen, die uns wissenschaftlich zuarbeiten und da gibt es verschiedene Überzeugungen. Die einen sagen, wir brauchen nur technischen Fortschritt. Irgendwann haben wir die absolute Entkoppelung, von der Sie vorhin gesprochen haben. Ich sehe es an der Stelle auch nicht kommen. Aber andere behaupten das natürlich. Ich möchte wissen, wie Sie strategisch arbeiten. Inhaltlich brauchen Sie mich nicht zu überzeugen.

Sachverständige **Isabel Rutkowski** (Bund der katholischen Jugend (BDKJ)): Es ist ein „In-den-Dialog-Kommen“ und ein „Nicht-Belehren-Wollen“. Es ist wichtig zu akzeptieren, dass viele Meinungen in Ordnung sind. Es ist auch gut, dass wir unterschiedliche Meinungen haben. Es ist ein Informieren und kein Belehren. Es soll ein Miteinander und kein Gegeneinander werden. Das ist ein zentrales Kernelement. Viele Menschen fühlen sich nicht gehört. Viele Menschen fühlen sich nicht akzeptiert und nicht gesehen. Diese Ängste wahrzunehmen und ernstzunehmen sind ganz wichtige und zentrale Mechanismen.

Ich bin Teil der katholischen Landjugendbewegung und komme aus ländlichen Räumen. Ich sehe auch die Angst vor dem, was gerade passiert. Gibt es dabei Geldprobleme? All diese Fragen ernst zu nehmen, mitzunehmen und das auch zu spiegeln, sind zentrale Elemente.

Wir fassen gemeinsam Beschlüsse. Wir haben auch eine Akkreditierung für die Klimakonferenzen und bringen auch dort unsere Meinung ein und versuchen diese Mischung aus Aktivismus und politischen Austausch. Diesen Austausch führen wir aber auch an anderen Stellen, um unsere Gedanken mitzubringen. Das hilft für ein gegenseitiges Verständnis.

Sachverständige **Astrid Hake** (Ökumenisches

Netzwerk Klimagerechtigkeit): Von den Seiten des Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit versuchen wir über unsere Aktionen mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen. Wir führen mit Abgeordneten eine Reihe von Gesprächen. Wir wollen nur Anregungen geben und positive Beispiele nennen. Es gibt Best-Practice-Beispiele, die in der Gesellschaft schon gelebte Realität sind. Und es ist wichtig aufzufordern „habt mehr Mut“. Diese Reaktion, die Sie erfahren haben, ist wahrscheinlich auch eine normale Reaktion. Aber das Papier des Sachverständigenrats hat ja auch hervorgehoben, dass es eines kulturellen Wandels bedarf. Wir brauchen kulturelle Veränderungen in der Wahrnehmung von Genügsamkeit. Aber gleichzeitig brauchen wir auch die politischen Rahmenbedingungen. Das bedingt sich gegenseitig. Obwohl wir es schon alle seit 30 oder 50 Jahren hören, versuchen wir das Thema immer wieder ins Gespräch zu bringen. Wir versuchen diesen Dialog immer wieder aufzugreifen und daran zu erinnern, dass die ökologische und klimatische Destabilisierung nach wie vor weitergeht. Das ist unser Punkt. Dabei wollen wir den Dialog nicht mit Belehrungen suchen, sondern auch die Chancen aufzeigen, die dieses Modell beinhaltet.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Sie haben eine Minute Zeit für eine Ergänzung.

Sachverständiger **Jörg Göpfert** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.): Ein wichtiger Punkt bei diesem Bemühen ist auch, darauf hinzuweisen, dass Suffizienz nicht von der Mehrheit abgelehnt wird. Das wird immer leicht behauptet, aber das ist tatsächlich gar nicht so. Für eine Ablehnung gibt es keine belastbaren Zahlen. Im Gegenteil, Frau Zell-Ziegler hat an einem Projekt gearbeitet, in dem die Ergebnisse von 11 repräsentativ besetzten Bürgerräten ausgewertet wurden.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Ich will den Aspekt von Herrn Wagner tatsächlich noch mal vertiefen. Denn so trivial ist er meines Erachtens nicht.

Deswegen zunächst zwei Hinweise. Sie haben auf Verhaltensänderungen aufgrund der Corona-Pandemie hingewiesen. Das hat meines Erachtens



trotz entgegengesetzter Meinungen deshalb funktioniert, weil sich der weitaus größte Teil der Gesellschaft einig war und alle irgendwie mitgemacht haben. Dieser Aspekt, glaube ich, hat genau dann dazu geführt.

Ein zweiter Aspekt ist vielleicht nur am Rande von mir noch mal zu erwähnen. Auch Suffizienz kann zu Zielkonflikten führen und hebt sie nicht auf. Die Zielkonflikte sind dann immer noch politisch zu entscheiden. Zum Beispiel wollen wir einen engagierten Ausbau der Photovoltaik, aber da geht natürlich viel Material rein, auch zum Teil schwieriges Material. Nunmehr meine zwei Fragen. Eine Frage ist mehr formalistisch. Es geht um den siebten Transformationsbereich, den Sie vorschlagen. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist so aufgebaut, dass den Transformationsbereichen ganz bestimmte Ministerien zugeordnet sind. Das habe ich bei Ihnen noch nicht entdeckt, das scheint mir eine Problemlage zu sein.

Und dann die wichtigere Frage: Wie setzt man Suffizienz durch, also mit welchen Instrumenten? Ich nenne zwei Beispiele. Wir haben beim Thema CO<sub>2</sub>-Neutralität den Emissionshandel als Modell. Mit einer beschränkten Zahl an Zertifikaten. Der europäische Emissionshandel sieht vor, dass die Zahl der Zertifikate Schritt für Schritt auf null reduziert wird. Dann ist man klimaneutral, zumindest auf CO<sub>2</sub>-Emissionen bezogen. Können Sie sich das als Modell vorstellen, welches ausrollt wird?

Es gibt auch andere Instrumente. Nur wirken sie nicht so richtig. Zum Beispiel die Grundsteuer. Diese gibt es bereits für Nutzung von Grund und Boden. Sie führt aber nicht dazu, dass man sich beschränkt. Müsste man die Grundsteuer einfach verdreifachen, vervierfachen, verzehnfachen? Dann hat man wieder die ausschließliche Regelung über den Preis, die die sozialen Konflikte wiederum verschärfen würde. Können Sie zu den Instrumenten was sagen?

Sachverständiger **Jörg Göpfert** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.): Ihre Fragen zeigen, dass es wahnsinnig viele spannende Fragen gibt, die man intensiv erforschen kann und erforschen sollte. Damit muss endlich angefangen werden. Das passiert bisher leider nicht. Das wäre der erste Schritt. Wir sind nicht die Experten, die

das alles schon erforscht haben und Ihnen jetzt die Antworten auf dem Silbertablett präsentieren könnten.

In der Tat ist es so, dass die Angliederung an ein Bundesministerium bei uns noch nicht so im Fokus stand, weil es nicht unsere Aufgabe ist, für die richtige Zuständigkeit zu sorgen oder sie anzuregen. Aber vielleicht kann die Politik auch mal über ihren Schatten springen und eine interministerielle Arbeitsgruppe damit betrauen. Das wäre an der Stelle ein innovativer Ansatz, zumal das ja ohnehin eine Querschnittsaufgabe ist.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Bei diesem Thema sind immer mehrere Ministerien zuständig.

Sachverständige **Astrid Hake** (Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit): Zu dem zweiten Punkt und der Frage, welche politischen Instrumente es gibt. Eine Möglichkeit besteht darin, analog zum Klimaschutzgesetz, dass es auch ein Ressourcenschutzgesetz geben könnte. Das ist eine Idee aus der Zivilgesellschaft. Es gibt auch eine Netzwerkressourcenwende, die diese Idee verfolgt.

Das könnte eine Idee sein, um genau wie beim Klimaschutzgesetz das Ganze auf eine Metaebene zu heben und die Ziele dort zu verankern und nicht jedes einzelne Gesetz danach zu justieren. Das wäre eine Idee oder eine Initiative, die es bereits aus der Zivilgesellschaft heraus gibt.

Sachverständige **Carina Zell-Ziegler** (Öko-Institut): Ich möchte noch zu den Instrumenten ergänzen, weil Sie auch sagten, dass es vielleicht sozial ungerecht ist. Ursächlich für sehr viele CO<sub>2</sub>-Emissionen ist der Konsum von Luxusgütern. Beispielhaft könnten Zweit- oder Drittwohnungen viel stärker besteuert werden. Man könnte regulieren, dass Wohnungen nicht leer stehen, beziehungsweise die Regulierungen, in den Städten, in denen sie bereits vorhanden sind, durchsetzen. Man könnte eine Vielfliegerabgabe einführen, sofern nicht das Verbot von Inlandsflügen thematisiert wird. Es ist sicherlich ein Mix aus Push- und Pull-Maßnahmen, Infrastrukturausbau, aber auch dem Ordnungsrecht.

Was in der Energiepreiskrise mit der



Gaspreisbremse gemacht wurde, war ein Ansatz von progressiven Energietarifen. Man hat einen Anreiz zum Sparen geschaffen, indem der Energieverbrauch subventioniert wurde, wenn 80 Prozent des Vorjahreskonsums nicht überschritten wurden. Aktuell werden ab einem Verbrauch von 15.000 Kilowattstunden wieder Mengenrabatte ausgelobt. Das ist „Antisuffizienzpolitik“. Das müsste man umkehren.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Ein herzliches Dankeschön Ihnen allen für die zahlreichen Auskünfte, für den Impuls und dafür, dass Sie diese Diskussion hier anschieben.

Herzliches Dankeschön. Wir werden viele der Aspekte fortsetzen. Ich freue mich auf den weiteren Austausch.

Herzlichen Gruß in Ihr Netzwerk vom Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Den Diskurs setzen wir fort. In diesem Sinne, Ihnen allen noch eine gute und erfolgreiche Woche. Vielen Dank.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 18:17 Uhr

Helmut Kleebank, MdB  
**Vorsitzender**



**Verweise auf Stellungnahmen/ PowerPoint-Präsentationen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut**

Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit

**A-Drs. 20(26)105**

**A-Drs. 20(26)107**